



SLOWAKISCHER MONATSBERICHT

02 2004



ERSCHEINT MIT UNTERSTÜTZUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Februar 2004

KOMMENTAR

Investitionen und Investitionsstimuli von Marek Jakoby (jakoby@mesa10.sk)

In den letzten Wochen und Monaten intensivierte sich der Zugriff zu Informationen über geplante oder überlegte bedeutende Projekte von ausländischen Investoren in der Slowakei (s. Tabelle 1 an der Seite 4). Die Slowakei wird allmählich zu einem attraktiven mitteleuropäischen Investitionsterritorium. Die größte Aufmerksamkeit erweckt die geplante Investition des Automobilherstellers Kia, einer Tochtergesellschaft des Hyundai-Konzerns, um deren Gunst die Slowakei ein erfolgreiches Wettrennen mit Polen absolvierte.

Der Motivation für die Lokalisierung bzw. für die Überlegung einer Lokalisierung im betreffenden Land und der Region liegen mehrere Faktoren zugrunde. In der ersten Linie sind es die Motivationsparameter des unternehmerischen Umfelds, die eine langfristige Projektrentabilität ermöglichen.

Bei der Entscheidung der Investoren über die Lokalisierung des Projekts in der oder jener Lokalität spielen jedoch auch die zusätzlichen Investitionsstimuli eine wichtige Rolle, insbesondere was die Projekte der sog. strategischen Investitionen anbelangt. Den Rechtsrahmen für die Leistung der öffentlichen Investitionsstimuli in der Slowakei schafft das Investitionsstimulgesetz und das Staatshilfegesetz. Die relativ „frische“ Nationale Strategie der Investitionsunterstützung, die von der Regierung am 17. Dezember des Vorjahres beschlossen wurde, stellt eine Konzeption des Systems der Investitionsstimuli dar.

Im Falle des Unternehmens Hyundai/Kia, ähnlich wie auch beim letzten erfolgreichen Kampf der Slowakei um den Betrieb PSA Peugeot Citroen boten die Regierung sowie die Region ein komplexes Paket von Investitionsstimuli insbesondere in Form von Subventionen für Arbeitsstellen und Requalifikation, zur Deckung der Kosten, die mit der Grundstücksabwicklung zusammenhängen oder für den Aufbau oder Modernisierung der Infrastruktur. Im Unterschied zum französischen Hersteller sind nach zugänglichen Informationen im „Paket“ für die Koreaner Steuerferien für die Einkommenssteuer nicht erhalten. Angesichts der geheimen Absprache mit dem französischen Hersteller und das noch immer geltende Vorvertragsstadium bei den Verhandlungen mit den Koreanern ist die detaillierte Struktur und Umfang der geleisteten staatlichen Unterstützung, in die die aus der öffentlichen Hand geleisteten Stimuli gehören, nicht bekannt.

In die Öffentlichkeit gelangten nur verhältnismäßig bündige Informationen darüber, dass die geleistete Unterstützung das 15%-ige Limit vom Investitionsvolumen (das bedeutet ungefähr 4,2 Mrd. Sk), das von den EU-Richtlinien vorgegeben wird, nicht übersteigen wird. Nach erreichbaren Informationen wird das Volumen der mit der Investition unmittelbar zusammenhängenden öffentlichen Ausgaben 8,8 Mrd. Sk erreichen wird, wovon 6,8 Mrd. Direkt an den Investor fließen sollten. Das Wirtschaftsministerium (MH), das zusammen mit der Agentur SARIO den entscheidenden Teil der Verhandlungen mit den Vertretern des Automobilproduzenten führte, bezifferte auch die angenommene Rückvergütungsdauer der investierten öffentlichen Mittel auf 4 – 5 Jahre ab dem Produktionsstart, also ab dem Jahr 2006.

Praktisch bei allen bisherigen Fällen der geleisteten staatlichen Unterstützung an Investoren war die Methodik der Kalkulation deren Rentabilität nicht klar. Es ist signifikant, dass das MH erst in der Mitte Februar die Einführung einer verhältnismäßig einfachen Formel bekannt gab – der sog. Effektzahl der Investition, die den elementaren Quantifikator der Rentabilität der staatlichen Unterstützung an Investitionsprojekte darstellen soll.

Die maximale Höhe der angebotenen Investitionsstimuli wird von den risikogewogenen Vorteilen des Staates insgesamt von der potenziellen Investition abhängen, die in zwei Etappen innerhalb von 8 Jahren diskontiert werden (3 Jahre nach der Realisierung der Investition 6% und 5 Jahre nach deren Ende 7%). Unter die Vorteile wird das MH die MwSt rechnen, die Einkommenssteuer von physischen und juristischen Personen, Steuereinnahmen in Form der Straßensteuer und der Immobiliensteuer, Versicherungsabgaben für physische Personen und die Einsparungen des sozialen Systems (Arbeitslosenleistungen, soziale Leistungen).

Ein Bestandteil der Formel ist auch der Risikoeffizient, der die erwartete Entwicklung im Industriebereich des Investoren in der betreffenden Region und die makroökonomischen Risiken in Betracht zieht.

Die maximale Höhe der angebotenen Stimuli wird somit durch die Effektziffer sowie durch die Möglichkeiten der öffentlichen Finanzen limitiert werden.

(Lesen Sie weiter an der Seite 4)

ÜBERSICHT

KOMMENTAR

Investitionen und Investitionsstimuli..... 1

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Der Regierungskoalition gelingt es nicht, die formale Mehrheit im Parlament wieder herzustellen..... 2
Rudolf Schuster schloss den Termin des Referendums mit den Präsidentschaftswahlen zusammen..... 2
Der Premier empfiehlt, das Referendum zu ignorieren..... 2
Die Regierung muss dem Widerstand der Roma die Stirn bieten..... 2

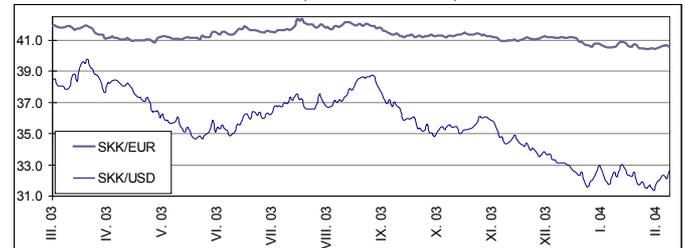
AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Der Menschenrechtsbericht übte auf die Slowakei viel Kritik..... 2

Der Standpunkt der Slowakei zu europaweiten Problemen..... 3
Die Roma-Unruhen können eine Störung des Image der Slowakei hervorrufen..... 3
Der slowakische Kandidat für den Eurokommissar wurde einstweilen in den Bereich Unternehmen und Informationsgesellschaft zugeteilt..... 3
WIRTSCHAFT
BIP..... 3
Inflation..... 3
Arbeitslosigkeit und Löhne..... 3
Außenhandel..... 3
Ausländische Investitionen..... 3
Devisenmarkt..... 4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (III. 2003 – II. 2004)

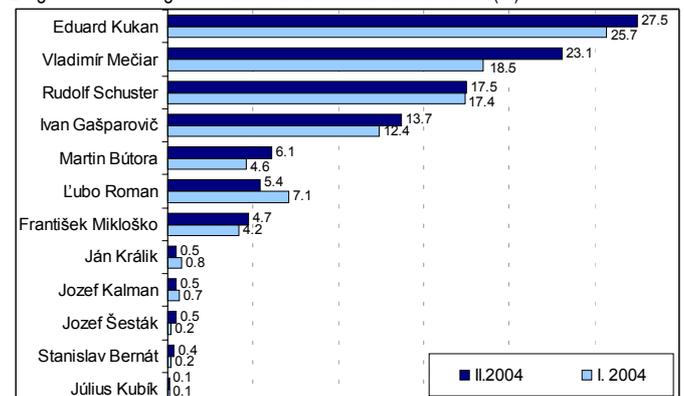


	2000	2001	2002	2003	2004*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	4,1
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,1
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	16,5
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	36,0
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,5

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95
*** nach der Auswählermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Diagramm 1: Umfragewerte der Präsidentschaftskandidaten (%)



Quelle: Focus, Diagramm: M.E.S.A.10

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Der Regierungskoalition gelingt es nicht, die formale Mehrheit im Parlament wieder herzustellen

Die Regierungskoalition darf sich noch immer nicht auf die formale Mehrheit im Parlament stützen (wir erinnern, dass sie die Mehrheit nach dem Abgang einer Gruppe von SDKÜ-Abgeordneten, die die Partei Freies Forum gründeten, verlor).

Der Premier setzte auf die Gewinnung der Unterstützung der unabhängigen Abgeordneten

Es ist merkwürdig, dass der Premier auf die Gewinnung der Unterstützung von den unabhängigen Abgeordneten setzte, anstelle dass er die Unterstützung bei seinen ehemaligen Kollegen im Freien Forum (SF) suchte. Diese merkwürdige Taktik des Premiers bedeutet einen möglichen Strich gegen die Rechnung des SF: seine Mitglieder rechneten offensichtlich damit, dass ihr „Preis“ nach dem Abgang aus der Regierungskoalition auf der politischen Szene sehr hoch sein wird, dass ihr Wort im Parlament entscheiden wird. Sollte es dem Premier gelingen, die Unterstützung der unabhängigen Abgeordneten zu gewinnen, würde dies einen rasanten „Preisverfall“ des Freien Forums bedeuten. Der Nachteil einer solchen Lösung ist, dass der Premier die Unterstützung auch solcher Personen bevorzugt, die in der Vergangenheit gegen sein Programm auftraten. Die Koalitionssubjekte KDH und SMK bevorzugen eher eine Absprache mit dem SF, sie sind gegen ein schriftliches Abkommen der Koalition mit unabhängigen Abgeordneten.

Nach dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten und Vorsitzenden der Koalitionspartei SMK, Béla Bugár, würde es der Slowakei gut tun, wenn Mikuláš Dzurinda nach dem Beitritt der Slowakei in die EU und in die NATO auf seinen Posten verzichten würde. Durch Dzurindas Abgang würde für das SF Raum für einen Beitritt zur Regierungskoalition geschaffen werden (das SF ist bereit, der Koalition beizutreten, sobald der Premier ausgewechselt wird) und dadurch würde die Stabilität der Koalition wieder hergestellt werden. Seitens der SDKÜ, wo der Premier Vorsitzender ist, wurde eine solche Möglichkeit rasant abgelehnt.

Ein weiterer Verlust wegen dem „Stil der Politik“

Die auch so bereits labile Koalition schwächte einer von den ANO-Abgeordneten, Jozef Banáš, der aus der ANO austrat und Unabhängiger wurde. Banáš beschuldigte den ANO-Vorsitzenden Pavol Rusko, dass er die Partei wie ein privates Unternehmen führe. Dieser individuelle Fall eines Austritts aus der Regierungskoalition wäre an sich nicht interessant, jedoch es verdient Aufmerksamkeit, dass vier von den fünf ehemaligen ANO-Vertretern wegen Problemen mit dem Stil der Politik in der Partei aus der Partei austraten. In den Regierungsfractionen befinden sich formal 67 Abgeordnete, die Mehrheit im Parlament bedeutet 76 Abgeordnete.

Rudolf Schuster schloss den Termin des Referendums mit den Präsidentschaftswahlen zusammen

Präsident Rudolf Schuster legte den Termin des Referendums über die vorgezogene Wahl auf den 3. April fest, wann auch die erste Runde der Präsidentschaftswahl stattfinden wird. Der Präsident empörte damit die Politiker der Regierungskoalition. Nach deren Auffassung missbrauchte der Präsident damit sein Amt, um seine Ausgangsposition für die Wiederwahl zu verbessern. Die Entscheidung des Präsidenten

begrüßten selbstverständlich die Anhänger der vorgezogenen Wahlen – die Gewerkschaften, die Kommunistische Partei der Slowakei und die Partei Smer. Der Präsident wird dadurch offensichtlich zu einer höheren Wahlbeteiligung am Referendum beitragen (das Referendum ist gültig, wenn mehr als 50% der Bürger daran teilnehmen). Es ist möglich, dass dieser Schritt von Rudolf Schuster seine Position unter den Gewerkschaftlern sowie unter den mit der Politik der gegenwärtigen Regierung nicht Einverstandenen stärken wird. Der Präsident verteidigte seinen Schritt auch mit der Behauptung, man könnte durch die Zusammenlegung dieser beiden Aktionen Geld sparen. Das Innenministerium sowie das Statistische Amt stellten diese Einsparungen in Frage.

Die Umfragewerte der Präsidentschaftskandidaten zeigt das Diagramm 1.

Der Premier empfiehlt, das Referendum zu ignorieren

Kurz nach der Festlegung des Termins des Referendums appellierte Premier Mikuláš Dzurinda an die Bürger, es zu ignorieren. Der Premier begründet seinen Standpunkt damit, dass es nicht gut wäre, die durch seine Regierung realisierten Reformen zu stoppen oder zu bremsen. Der Premier ist gegen das Referendum auch deswegen, weil die Opposition die nur vorübergehend niedrige Popularität der Koalition ausnutzen will. Er ist überzeugt, dass sich die Situation in der zweiten Hälfte der Wahlperiode zugunsten der Regierungskoalition ändern wird.

Die Opposition behauptet, der Premier schätze eines der Instrumente der direkten Demokratie und habe Angst vor dem Ergebnis des Votums. Auch einige Vertreter der Regierungskoalition befürchten, dass die direkte Aufforderung zum Ignorieren des Referendums kontraproduktiv sein kann und empfehlen, den Bürgern zu erklären, welche Folgen sie nach dem Referendum erwarten können. In der Slowakei war bisher nur ein einziges Referendum erfolgreich – das Referendum über den EU-Beitritt, wo auch trotz der Tatsache, dass praktisch alle relevanten politischen Subjekte zur Beteiligung aufforderten, sie nur 52,15% erreichte.

Ein positives Ergebnis im Referendum würde nicht automatisch bedeuten, dass Neuwahlen stattfinden werden, da die Parlamentsabgeordneten ein Verfassungsgesetz zu dessen Abhaltung beschließen müssten (das mit einer Verfassungsmehrheit von 90 Stimmen).

Die Regierung muss dem Widerstand der Roma die Stirn bieten

Die slowakische Regierung musste zum ersten Mal mit dem Widerstand des neuen Typs fertig werden. Die Roma in der östlichen und mittleren Slowakei reagierten auf die veränderte soziale Politik mit Massenplünderungen. Die Unruhen von bislang nicht gesehener Ausmaß zwangen die Regierung zur Mobilisierung der Polizeieinheiten, die seit dem Jahr 1989 keiner Gleichen hatte. In die Lösung der Situation griff auch die Armee ein, jedoch nur mit einem Monitoring der Situation. Obwohl es durch den Einsatz der Kräfteinheiten gelang, die Situation zu beruhigen, es

existiert hier eine reale Bedrohung der Wiederholung der ähnlichen Incidenzen. Es ist das Resultat von einige Jahrzehnten lang nicht gelösten Situation des anpassungsunfähigen Teil der Population und zugleich das Resultat der illegalen Aktivitäten von Romawucherern, die die Roma zu solchen Handlungen provozieren.

Das neue Modell der sozialen Politik beschränkt die Möglichkeit des Parasitierens bei Sozialleistungen und der Möglichkeit, das Gebären von Kindern als Einkommensquelle zu missbrauchen. Der überwiegende Teil der Roma-Kommunität war jedoch auf die radikalen Einschnitte in deren Einkommen überhaupt nicht vorbereitet.

Die Regierung stellte ein Kompromis-Maßnahmenpaket vor, sie bleiben noch innerhalb des Ideenrahmens der Reform, dabei lindern sie die Folgen auf das schwächste Niveau (die Maßnahmen sind nicht nur auf Roma geschnitten, sondern auf die ganze Population):

- Sie schlug Maßnahmen zur Wiederbelebung der gemeinnützigen Arbeit vor, die Anhebung des Zuschusses für Firmen, die mehr als 100 Personen in materieller Not einstellen und einen Zuschuss an den Arbeitgeber, sobald er einen Langzeitbeschäftigten einstellt.
- In einigen Regionen werden die Sozialleistungen wöchentlich ausbezahlt.
- Bürger in den problemhaftesten Regionen werden die Sozialleistungen in Naturalien bekommen.
- Der Motivationszuschuss zur Sozialleistung wird von 1000 auf 1500 Sk erhöht. Ihn wird eine Person bekommen, die wöchentlich mindestens 10 Stunden in gemeinnütziger Arbeit arbeitet oder die an einem Bildungsprozess im Interesse der Arbeitssuche teilnimmt.
- Das Innenministerium soll sich intensiver mit den Wucherern befassen
- Der Zugang zu Sozialstipendien für Mittelschulstudenten wird erweitert.
- Die Informationen über die Zuschüsse sollen verbessert werden.
- Die Möglichkeit einer Abzahlung der Fahrtkosten bei Fahrten zu Vorstellungsgesprächen soll erweitert werden.

Eine unangenehme politische Dimension des Problems war der Standpunkt von Rudolf Schuster, der, als Beschützer der sozial Schwächeren wirkend bemüht, wieder die Regierung angriff, sich die Argumentation der Roma-Leader aneignend. Die Situation hat sich Ende Februar stabilisiert, die Roma-Leader setzten jedoch nicht auf die konstruktive Karte: sie stellten die Regierung vor ein Ultimatum; falls sie die bei den Massenplünderungen festgenommenen Personen nicht frei lässt, werden sie im März zur Organisation der Druckaktionen schreiten (Blockaden der Grenzübergänge, Straßenverbindungen usw.).

Lösungen für die Probleme der Roma werden auch von den Regierungen der Nachbarländer – Tschechiens und Ungarns gesucht. Die Situation wir in der Slowakei dadurch erschwert, dass es hier Regionen mit weit größerer Konzentration der Roma gibt als in den benachbarten Ländern (in der Slowakei gibt es nach Mazedonien die zweitgrößte Konzentration der Roma in Europa) und das Problem scheint dadurch größer zu sein.

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Der Menschenrechtsbericht übte auf die Slowakei viel Kritik

Im Jahresbericht über die Einhaltung der Menschenrechte, die vom US-Außenminister Colin Powell veröffentlicht wurde, taucht wieder Kritik der Slowakei wegen der Verletzung der Menschenrechte auf.

Der Bericht war ausgesprochen kritisch gegenüber dem Slowakischen Informationsdienst (SIS). Ein bemerkenswertes Element ist die Kritik des SIS wegen des Antisemitismus. Der Bericht beruft sich auf die Tatsache, dass in die Medien eine Liste von Personen gelangte, die angeblich dem Staat schädigen sollten und der SIS stellte einige Personen aus

dieser Liste als Juden dar. Bei diesem Punkt muss jedoch klar festgehalten werden, dass die Beschuldigung des Antisemitismus aus einer unpassenden Handlung der Führung einer Institution hervor geht, es existieren keine weiteren bedeutenderen Äußerungen des Antisemitismus. Die erwähnte Causa einer Gruppe von dem Staat schädenden Personen (die Gruppe wurde vom SIS generiert) war der bekannte politische Fehltritt der Premiers auch in der Auffassung der heimischen Subjekte.

Als problematisch kann die Kritik der illegalen Abtreibungen der Roma bezeichnet werden. Diese

Information tauchte bereits in der Vergangenheit auf und war auch Gegenstand der Ermittlung durch eine spezielle Kommission und wurde nicht bestätigt. Sie stützt sich auf Aussagen von einigen Nichtregierungsorganisationen, die jedoch bis heute nicht glaubwürdig unterstützt wurden.

Ein weiterer Kritikgegenstand war die angebliche Brutalität seitens der Polizei gegen die Roma oder die Beeinflussung der Berichterstattung des privaten Fernsehsenders Markiza durch den Wirtschaftsminister. Als voll begründet kann die Kritik der Verzögerungen in der Justiz sowie die Kritik der illegalen Abhörung bezeichnet werden.

Unter den Positiva erwähnte der Bericht, dass es in der SR keine politischen Gefangenen gibt, die Medien waren im Allgemeinen frei und unzensuriert, es kam zu einer Geldentschädigung der politischen Gefangenen aus der Zeit des Kommunismus, die Ermittlung der rassenmotivierten Straftaten wurde verbessert, es kam zu Verbesserungen im Kampf gegen die Korruption und die Fehlritte der Justiz wurden öffentlich auch vom Justizminister kritisiert.

Der Standpunkt der Slowakei zu europaweiten Problemen

Das Treffen der Außenminister der Slowakei und Polens trug zu einer klareren Formulierung der slowakischen Standpunkte zu Fragen, die das Geschehen in der EU betreffen, bei. Die slowakische Diplomatie fand mit der polnischen in der heiklen Problematik der Euroverfassung eine gemeinsame Sprache. Wir erinnern nur, dass der Entwurf der künftigen Verfassung Polen und Spanien gegen Deutschland und Frankreich stellte. Polen fordert die Einhaltung solcher Stimmmechanismen im Rat der Europäischen Union, die sich aus dem Nizzavertrag aus dem Jahr 2000 ergeben. Deutschland und Frankreich unterstützen den Entwurf der europäischen Verfassung vor, der die Abstimmung durch eine sog. doppelte Mehrheit voraussetzt, die die Einwohneranzahl der einzelnen Länder in Betracht ziehen würde. Ein solches System würde bedeuten, dass der Einfluss der neuen Mitgliedsländer geschwächt würde. Die slowakische Diplomatie bezog ihre Stellung in dem Sinne, dass sie bei der Auseinandersetzung um die künftige Euroverfassung Polen unterstützen

wird. Die Beschränkungen, die nahezu alle Länder der Europäischen Union gegen den freien Personenverkehr aus den beitretenden Ländern einführen, halten die beiden Minister für unnötig und politisch motiviert. Kurz davor kam der holländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende zu einem Besuch in die Slowakei und er gab bekannt, dass sich auch der holländische Markt (trotz der bisherigen Haltung) vor der Arbeitskraft aus den beitretenden Ländern schließen wird. Der slowakische Premier erklärte dazu, er habe für diese Stellung das „Einsehen“. Die Slowakei bezog damit zu diesem Problem eine gemäßigte Stellung als die benachbarte Tschechische Republik, deren Premier seine Unstimmigkeit klar zum Ausdruck brachte.

Die Roma-Unruhen können eine Störung des Image der Slowakei hervorrufen

Die Roma-Unruhen wurden im großen Ausmaß auch von der ausländischen medialen Aufmerksamkeit gedeckt und sie können zu einem Schlag gegen die slowakische Außenpolitik werden. Die österreichische Tageszeitung Der Standard spricht im Zusammenhang mit der Slowakei über eine „europäische soziale Bombe“, die Roma-Proteste bringen Mikuláš Dzurinda damit in eine unangenehme Situation. Einige Medien verglichen die Situation zu den Rassenunruhen in Los Angeles aus dem Jahr 1992, die tschechischen Medien informierten, das, was in der Slowakei passierte, hätte

im Zentraleuropa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs keinen Vergleich. Bereits vor dem Ausbruch der gegenwärtigen Unruhen beschäftigten sich die ausländischen Medien mit den slowakischen Roma. Auf die „dramatische und hoffnungslose“ Situation der slowakischen Roma, die genötigt werden, Geschäfte zu plündern, damit sie nicht hungern müssen, machte bei der Plenarsitzung des Europaparlaments die österreichische Abgeordnete Marialiese Flemming aufmerksam.

Einen hypothetischen Herrn Slovak (Mr. Slovak) wählte die britische Tageszeitung Daily Mail, um die Gefahr zu zeigen, die nach dieser Zeitung Großbritannien droht als Folge der sozialen Touristik aus den neuen EU-Ländern.

Der slowakische Kandidat für den Eurokommissar wurde einstweilen in den Bereich Unternehmen und Informationsgesellschaft zugeteilt

Der Vorsitzende der Europäischen Kommission Romano Prodi teilte den slowakischen Vertreter in der Europäischen Kommission Ján Figel zum jetzigen Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, Erkki Liikanen (aus Finnland) zu. Der slowakische Kandidat erklärte, ihm gefalle die Zuteilung zum Ressort Unternehmen und Informationsgesellschaft, obwohl er davor ein primäres Interesse für andere Bereiche hatte.

WIRTSCHAFT

BIP

Ein Fehler im Außenhandel wird das Ergebnis des realen BIP-Wachstums nicht beeinflussen

Das Statistische Amt der SR korrigierte die Ergebnisse des Außenhandels und gab zugleich bekannt, dass sie auf die BIP-Angaben keinen Einfluss haben werden. Laut Vorsitzenden des Statistischen Amtes der SR, Peter Mach, wird das Amt die veröffentlichten Daten bezüglich BIP für das dritte Quartal nicht korrigieren, zugleich bleibt die Schätzung des Wirtschaftswachstums für das ganze Jahr unverändert. Das

Statistische Amt schätzt das gesamtjährliche Wirtschaftswachstumstempo auf 4,0-4,1%, was wir für sehr real halten.

Die Slowakei führt beim Wachstumstempo innerhalb von V4

Das Wirtschaftswachstum in der SR war auch im dritten Quartal 2003 von den V4-Ländern am höchsten. In den ersten drei Quartalen betrug das reale BIP-

Wachstumstempo in der SR 4,0%, (Tschechien 3,4; Polen 3,9; Ungarn 2,9). Das Wirtschaftswachstum in allen V4-Ländern wird gegenwärtig vom Wirtschaftswachstum in den baltischen Ländern hoch übertroffen (Litauen 7,3; Lettland 8,8; Estland 4,6).

Inflation

Inflation im Jahr 2003 im Einklang mit den Zielen der NBS

Die Verbraucherpreise stiegen im Januar zwischenmonatlich um 4,4 %. Laut NBS wurden mehr als 60% dieses Zuwachses der Anstieg der regulierten Preise verursacht. Es ist nicht überraschend, dass sich der starke zwischenmonatliche Preisanstieg auf das Wohnen, Elektrizität,

Gas und sonstige Brennstoffe (9,5%, infolge der Anhebung der regulierten Preise + Erhöhung des MwSt.-Satzes) und auf Lebensmittel und alkoholfreie Getränke (4,4%, infolge der Erhöhung des MwSt.-Satzes) konzentriert. Infolge des erwähnten niedrigeren Umfangs der Anhebung der regulierten Preise im

Januar 2004 gegenüber dem Januar 2003 kam es zu einem Rückgang der Dynamik der zwischenjährlichen Inflationsrate auf 8,3 % (im Dezember 2003 waren es 9,3 %). Die Kerninflationsposten verzeichneten im Januar einen zwischenmonatlichen Anstieg um 1,0%, zwischenjährlich erreichte die Kerninflation 3,1% (im Dezember 3,0%).

Arbeitslosigkeit, Löhne

Die evidierte Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Die Rate der evidierten Arbeitslosigkeit ging im Januar 2004 wieder zwischenjährlich zurück, als sie 16,6% erreichte, was um 1,1 Prozentpunkte weniger ist, als im Januar des vorangegangenen Jahres. Das bedeutet zugleich, dass der

zwischenjährliche Rückgang langsamer ist als im Vorjahr, damals wurde im Januar ein Rückgang um 2 Prozentpunkte verzeichnet. Die Rate der evidierten Arbeitslosigkeit sollte unseren Erwartungen nach auch weiter sinken, jedoch mit einem geringeren Tempo als

im vergangenen Jahr (zwischen den Jahren 2002 und 2003 ging sie von 17,8% auf 15,2% zurück, im Jahr 2004 geht sie allem Anschein nach bis an 14,3% zurück).

Außenhandel

Der statistische Fehler war schließlich nicht so bedeutend

Am 24. Februar publizierte das Statistische Amt die revidierten Daten nach einem statistischen Fehler hinsichtlich der Exportdaten für das Jahr 2003. Wie sich zeigte, lag die ursprüngliche Überbewertung des Exports um 14 Mrd. Sk tatsächlich nur halb so groß. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Informationen betraf die Überbewertung der Exporte den Zeitraum von Juni bis November.

Auch nach dieser Korrektur erreichte das Außenhandelsdefizit im vergangenen Jahr 23,6 Mrd. Sk, was nur 24,6% des Defizitwertes aus dem Jahr 2002 ist.

Positiv waren die Daten auch für den letzten Monat des Jahres 2003, als das Defizit 5,1 Mrd. Sk bei einem Exportvolumen von 70,7 Mrd. Sk (zwischenjährlicher Anstieg um 32,1%) und einem Importvolumen von 75,8

Mrd. Sk (Anstieg um 14,4%) betrug. Die Export- sowie Importdynamik im Dezember war die zweithöchste des gesamten Jahres 2003.

Die positive Entwicklung des Außenhandels wurde auch im ersten Monat des Jahres 2004 fortgesetzt. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Amtes verzeichnete der Handel im Januar einen Überschuss von 1,7 Mrd. Sk.

Ausländische Investitionen

Kia Motors definitiv in der Slowakei

Vertreter des südkoreanischen Automobilherstellers Hyundai gaben am 2. März am Genfer Autosalon ihre definitive Entscheidung über die Platzierung des ersten europäischen Produktionswerkes des Tochterunternehmens Kia. Der neue Betrieb, der eine Investition in der Höhe von 700 Mill. EUR erfordert, wird im Gemeindegebiet von Teplička nad Váhom entstehen, rund 10 km östlich von der nordslowakischen Stadt Žilina. Nach den Vertretern des Unternehmens wird der

Standort nach dem Produktionsstart im Jahr 2006 direkt 2400 Mitarbeiter beschäftigen.

Der Sieg der Slowakei im Kampf um die strategische Investition der Firma Kia im Endkampf mit Polen bedeutet zugleich bereits die dritte Niederlage des nördlichen Nachbarn hinsichtlich Investitionen der Automobilproduzenten (im Jahr 2001 unterlagen die Polen Tschechien im Kampf um den Betrieb PSA –

Toyota, im Jahr 2003 der Slowakei um den Betrieb PSA Peugeot Citroen).

Am 3. März befasste sich die Regierung mit dem Paket der vorgeschlagenen Investitionsstimuli für den koreanischen Autoproduzenten, das ein fester Bestandteil des slowakischen Angebots war. Es ist wahrscheinlich, dass ähnlich wie im Fall des Vertrags mit PSA Peugeot Citroen auch der Vertrag mit den Koreanern geheim bleiben wird, was aufgrund der hohen Subventionen aus öffentlicher Hand

eine negative Tatsache ist. Das Volumen der öffentlichen Ausgaben, die unmittelbar mit der Investition zusammenhängen, wird 8,8 Mrd. Sk erreichen, davon direkt an den Investoren sollen 6,8 Mrd. Sk bestimmt werden (Grundstücksabfindung, Subventionen für geschaffene Arbeitsplätze, Infrastruktur...). Die Verpflichtung der Slowakei beinhaltet jedoch außer des o.g. Betrags auch ein Projekt des schnelleren Fertigbaus der Autobahnverbindung von Bratislava nach Žilina, wo gegenwärtig ungefähr 42 Kilometer fehlen. Am 10. April sollte die Regierung den Mechanismus der Begleichung der öffentlichen Verpflichtung im Rahmen des

Projekts bekannt geben. Es wird jedoch erwartet, dass ca. 1,5 Mrd. Sk, die für das Projekt noch in diesem Jahr ausgegliedert werden, durch die Bindung der Budgetausgaben in ausgewählten Kapiteln des Staatshaushalts zur Verfügung gestellt werden (näher s. Kommentar).

Standard and Poors reagierte mit einer Ratingerhöhung

Auf die Entscheidung des südkoreanischen Automobilproduzenten reagierte auch die Ratingagentur

Standard and Poors, als sie eine Anhebung der Ratingbewertung der Devisenverbindlichkeiten der SR um einen Punkt auf BBB+ mit dem bleibenden positiven Ausblick bekannt gab. Nach der Bewertung der Agentur wurde die Verbesserung der Bewertung auch durch eine erfolgreiche makroökonomische und fiskale Stabilisierung sowie Implementierung oder Start von mehreren Schlüsselreformen.

Devisenmarkt

Die Krone begann den Monat geschwächt unter dem Einfluss der von den ausländischen Investoren realisierten Konversionen und der negativen Nachrichten aus dem Unternehmerumfeld. Ab den ersten Tagen wertete sie jedoch allmählich auf und in der Mitte des Monats erreichte sie den neuen historischen Höchstwert - 40,36 SKK/EUR. Die schnelle Aufwertung der slowakischen Währung musste von der Zentralbank auch im Februar gebremst werden. Auch diesmal langten verbale Interventionen. Behilflich dabei war auch die seit einigen Monaten eskalierende Krise auf der slowakischen politischen Szene. Die andauernde Unfähigkeit der

Regierungskoalition, sich auf einer Stabilisierung der Verhältnisse mit der politischen Partei Freies Forum zu einigen, bewegten die Investitionsbank Goldman Sachs zur Empfehlung eines Abgangs von langfristigen Kronenpositionen an die Investoren. Als Reaktion auf diese Empfehlung wertete die Krone bis auf knapp über 40,70 SKK/EUR ab. Eine weitere Kursschwächung bremsten schließlich die positiven Informationen über den Zugang von weiteren ausländischen Investoren in die Slowakei ein. Die immer häufiger auftauchenden Nachrichten über die Favoritenrolle der Slowakei

hinsichtlich der Investition des Automobilherstellers Hyundai bewegten die Krone zurück zur psychologischen Grenze 40,4 SKK/EUR. Auf diesem Niveau verblieb die Krone bis zum Monatsende.

Viel erfolgreicher war die Krone im vergangenen Monat gegenüber dem US-amerikanischen Dollar. Nach den Äußerungen des Chefs des amerikanischen FED, Alan Greenspan, der sich für eine Politik des schwachen Dollars aussprach, wertete die Krone auf einen sechsjährigen Höchstwert - 31,27 SKK/USD - auf.

KOMMENTAR

(Die Fortsetzung von die Seite 1)

Im Falle des südkoreanischen Automobilproduzenten ist noch der 30. April ein wichtiges Datum, bis wann die Leistung der staatlichen Unterstützung das Amt für staatliche Unterstützung verabschiedet. Ab dem 1. Mai wird jede neu geleistete staatliche Unterstützung von der Europäischen Kommission verabschiedet werden.

Die Empfindlichkeit und die Problematik der Rentabilität der geleisteten Investitionsstimuli ist selbstverständlich nicht nur das Problem der Slowakei oder anderer transitiver Länder, da diese gewöhnlich auch in den entwickelten Ländern angewandt werden, insbesondere bei der Anlockung der Investoren in weniger entwickelte Regionen.

Ein pikantes Beispiel mit einer unmittelbaren Bindung zur Slowakei ist der Fall eines weiteren südkoreanischen Unternehmens.

Samsung, welches die arbeitsaufwendige Produktion von Mikrowellenherden und Monitoren von Wynyardu im nordöstlichen England in die südliche Slowakei nach Galanta verlagert, wo der Arbeitspreis um ca. 80% niedriger ist. Samsung genoss dabei seit dem Jahr 1996 in England die staatliche Unterstützung in einer Gesamthöhe von 58 Mill. GBP (3,48 Mrd. Sk), wobei die empörten lokalen Politiker und Gewerkschaftler nach der Schließung des Betriebes eine teilweise Rückzahlung dieser Unterstützung verlangen. Samsung behauptet, nur ca. Ein Sechstel real genutzt zu haben, da der Dachbetrag an die Schaffung von 3000 Arbeitsplätzen angeknüpft war.

Ähnliche Fälle verdeutlichen noch mehr das Problem der Effektivität der Allokation der öffentlichen Mittel in die staatliche Unterstützung und der Garantien für deren Erreichung.

Die Leistung der selektiven Investitionsstimuli ist auch in den USA nicht unüblich, was die Hyundai-Investition in Alabama (erster Produktionsbetrieb des Automobilproduzenten in Nordamerika) dokumentiert, laut der Wochenzeitschrift Formát im Volumen von 1 Mrd. USD. Die geleisteten Investitionsstimuli in Form eines Steuermachlasses, eines Schulungszentrums, einer Autobahnauffahrt, der Unterstützung der Hypothekendarlehen für perspektive Mitarbeiter oder eines Werberaumes in den lokalen Print- oder elektronischen Medien (für 10 Mill. USD) erreichen insgesamt 252,8 mld. USD, was knapp 26% des Investitionswertes beträgt (davon sind 51% staatliche Mittel; 37% lokale Mittel und 12% private Mittel). Die relativ reichliche Unterstützung der Amerikaner dem Autohersteller dokumentiert auch die Tabelle 2.

Wir bemerken jedoch, dass im Unterschied zu der slowakischen Realität (angewandt sowohl bei PSA Peugeot Citroen und offensichtlich auch bei Hyundai/Kia), als die Regierung unter Berufung auf das Geschäftsgeheimnis die Absprachen mit Investoren als geheim deklariert, ist der 47 Seiten umfassende Vertrag zwischen dem Staat Alabama und dem Automobilproduzenten ein öffentliches Dokument. Die

verhältnismäßig detaillierte Struktur der geleisteten Investitionsstimuli ist sogar im Internet öffentlich zugänglich. Paradox klingt dann die häufige Berufung der slowakischen Regierungsvertreter auf den seitens des Investoren ausgeübten Druck für die Einhaltung des Geschäftsgeheimnisses, denn zum Beispiel Hyundai hat damit in seinem Projekt in Alabama offensichtlich kein Problem. Es ist auch klar, dass die Investoren ihr Verhalten den in diesem oder jenem Land gegebenen „Banden“ anpassen...

Die Schaffung und Anwendung einer eindeutigen Methodik zur Ausrechnung der Rentabilität der Investitionsstimuli und die öffentliche Zugänglichkeit der Informationen über die Investitionsstimuli aus öffentlicher Hand sind jedoch zwingende Voraussetzungen deren effektiver Nutzung sowie deren Akzeptieren seitens der Öffentlichkeit...

Tabelle 1: Angenommene Parameter einiger angekündigten Investitionsprojekte

Investor	Land des Investoren	Investitions-volumen	Standort Slowakei	Anzahl der Arbeitsplätze	Richtung	Anmerkung
Hyundai/Kia	Korea	700 Mill. EUR	Žilina	2400	Automobilproduktion	Entscheidung bis Mitte März
Rover	Großbritannien				Automobilproduktion	im Verhandlungsstadium
Samsung	Korea	40 Mill. EUR			Produktion der sog. weißen Technik	Entscheidung bis Ende Juni
			Galanta	1000	Montage der audiovisuellen Technik	Verlagerung der Produktion aus Großbritannien und Spanien
SkyMedia	Schweiz	100 Mill. EUR	Nové Mesto nad Váhom	1000	Produktion der CD- und DVD-Träger	
???	Israel	1,5 Mrd. EUR		600	Produktion der Medikamente für HIV-Patienten	
Arcelor	Frankreich	15 Mill. EUR	Záhorie (park Eurovalley)	100	Produktion der Stahlkomponenten	
Swedwood	Schweden	32 Mill. EUR	Trnava, Závažná Poruba		Möbelproduktion	Aufstockung der existierenden Kapazitäten
Canadian Rockport Homes	Kanada	60 Mill. USD	Verschiedene Lokalitäten	800	Produktion der Wohnmodule	
Plastipak Packaging	USA	13 Mill. EUR	Kechnec	100	Wiederverwertung der Plastikhüllen	Nutzung des Industrieparks Kechnec bei Košice

Tabelle 2: Vergleich der Investitionsstimuli bei ausgewählten Investitionen

	PSA - Peugeot Citroen	PSA - Toyota	Kia Motors	Hyundai	Samsung
Land	Slowakei	Tschechei	Slowakei	USA (Alabama)	GB (Wynyard)
Geplante Investition	700 Mill. EUR	1,5 Mrd. EUR	700 Mill. EUR	1 Mrd. USD	450 Mill. GBP
Direkte Arbeitsplätze	3500	3000	2400	2000	3000
Stimuli aus öffentlicher Hand	6,8 Mrd. Sk	2,3 Mrd. Kč	8,8 Mrd. Sk	222 Mill. USD	58 Mill. GBP
Stimuli/Investition in %	24,3%	4,9%	31,4%	22%	12,9%
Stimuli je Arbeitsplatz (tsd. Sk)	1 940	1 000	3 670	3 800	1 160

Anmerkung: Die Volumina der geleisteten Stimuli aus öffentlicher Hand müssen aufgrund der unterschiedlichen Methodik nicht voll vergleichbar sein. Das offizielle Volumen der staatlichen Unterstützung ist in allen Fällen um etwas niedriger, da die Stimuli auch Posten enthalten, deren Benefite kein exklusives „Eigentum“ des Investoren sind. Quelle: M.E.S.A.10